

E1 Lohngerechtigkeit für Frauen durchsetzen - EU-Entgelttransparenzrichtlinie konsequent umsetzen

Antragsteller*in: Ulle Schauws (Bundestagsfraktion)

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Bericht Bundestags-Fraktion: Umsetzung EU-Entgelttransparenz-Richtlinie

Antragstext

1 Nach wie vor verdienen Frauen in Deutschland im Schnitt 16 Prozent weniger als
2 Männer. Was die Entgeltlücke betrifft, gehört Deutschland in der EU zu den
3 Schlusslichtern. Hier muss endlich mehr geschehen. Ein wichtiges Instrument, um
4 diese Ungerechtigkeit zu bekämpfen, ist Lohntransparenz. Denn nur wenn
5 ersichtlich ist, wie die Löhne in einem Unternehmen verteilt sind, kann
6 Lohndiskriminierung nachgewiesen und behoben werden.

7 Um mehr Transparenz zu schaffen, hat die Europäische Union die EU-
8 Entgelttransparenzrichtlinie verabschiedet. Diese Richtlinie zielt darauf ab,
9 geschlechtsspezifische Lohnunterschiede durch umfassende Transparenz zu
10 beseitigen. Bis zum 7. Juni 2026 muss Deutschland die Richtlinie umsetzen.

11 Folgende Punkte aus der EU-Richtlinie sind von der Bundesregierung endlich
12 umzusetzen:

- 13 • Künftige Arbeitgeber*innen müssen in der Pflicht stehen, für Transparenz
14 zu sorgen: Ab 100 Arbeitnehmer*innen müssen Arbeitgeber*innen
15 entgeltbezogene Indikatoren ermitteln, darüber regelmäßig berichten und
16 diese veröffentlichen. Wird dabei eine geschlechtsbezogene Lohnlücke
17 festgestellt, sollen die Arbeitgeber*innen in Zusammenarbeit mit ihren
18 Betriebsräten selbst tätig werden, um diese Lücke zu schließen.
- 19 • Zudem sollen Arbeitgeber*innen bei Ausschreibungen verpflichtend Auskunft
20 über die Gehaltsspanne der Stellen geben, so wie es bereits in vielen EU-
21 Ländern üblich ist.
- 22 • Die Durchsetzung von Lohngleichheit darf nicht mehr auf einzelne
23 betroffene Personen abgeschoben werden, sondern muss zur strukturellen
24 Aufgabe werden. Das soll auch dank der Prozesstandschaft für gerichtliche
25 Verfahren gelten, mit denen Arbeitnehmer*innen ihre individuellen Rechte
26 durch Verbände geltend machen können.

27 Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie muss endlich vollumfänglich umgesetzt
28 werden. Aber Lohntransparenz allein reicht nicht aus. Der Bundesfrauenrat von
29 Bündnis 90/Die Grünen fordert daher die Bundesregierung auf:

- 30 • Anreize zu schaffen, damit Sorge- und Pflegearbeit gerechter verteilt
31 werden können. Denn viele Frauen wollen mehr arbeiten und viele Männer
32 wollen ihre Sorgeverantwortung stärker wahrnehmen.
- 33 • Außerdem muss die Betreuungsinfrastruktur qualitativ und quantitativ
34 deutlich ausgebaut werden, damit Eltern guten Gewissens erwerbstätig sein

35 können, und gerade Frauen nicht in die Teilzeit- oder Minijobfalle
36 gedrängt werden.

- 37 • Aber wir sehen auch die Arbeitgeber*innen in der Verantwortung. Zusätzlich
38 zur Transparenz von Lohnstrukturen müssen diese ihre Unternehmen zeitgemäß
39 aufstellen. Das bedeutet, die gläserne Decke aufzubrechen und Frauen auch
40 in Leitungspositionen die gleichen Chancen zu ermöglichen. Mentoring- und
41 Weiterbildungsprogramme für Mitarbeiter*innen sowie Führung in Teilzeit
42 können hier effektive Maßnahmen sein.

Begründung

Die konsequente Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie und echte Gleichstellung am Arbeitsmarkt sind zentrale Schritte zur Schließung des Gender Pay Gaps. Nur wer den Gender Pay Gap reduziert, kann Altersarmut, von der insbesondere Frauen betroffen sind, wirksam bekämpfen. Lohngerechtigkeit ist dabei ein wesentlicher Baustein wirtschaftlicher Eigenständigkeit – und diese ist eine entscheidende Voraussetzung, um wirtschaftliche Gewalt gegen Frauen nachhaltig zu bekämpfen.